



Verhandelten die ganze Nacht: Wladimir Putin, Angela Merkel, François Hollande und Petro Poroshenko.

FOTO: DPA

Ein bisschen Frieden

Vorsichtige Hoffnung nach Einigung auf Waffenruhe in der Ostukraine / Milliarden-Zusagen des IWF für Kiew

Die ganze Nacht dauerten die Verhandlungen in Minsk. Gestern Vormittag wurde der Kompromiss verkündet: eine Waffenruhe. Die Hoffnung auf ein Ende des Blutvergießens in der Ostukraine keimt. Ein Hilfspaket und die EU-Solidarität sollen der bedrängten Kiewer Regierung helfen.

VON ULF MAUDER
UND HANS-ULRICH BRANDT

Minsk-Brüssel. Nach dem Kompromiss bei dem dramatischen Verhandlungsmarathon in Minsk richteten sich die Hoffnungen auf die vereinbarte Waffenruhe in der Ostukraine. Sie soll am späten Samstagabend (MEZ) beginnen. Trotz des neuen Friedensplans für das ukrainische Kriegsgebiet Donbass mahnt der französische Staatspräsident François Hollande zur Wachsamkeit. „Die nächsten Stunden werden entscheidend sein“, sagte er gestern.

Bundeskanzlerin Angela Merkel, die von den Verhandlungen in Weißrussland nach Brüssel geflogen war, sagte, der Minsker Kompromiss sei „ein Hoffnungsschimmer, nicht mehr und nicht weniger“. Aber

es sei jetzt wichtig, dass den Worten Taten folgten. Merkel und Hollande hatten in der weißrussischen Hauptstadt rund 17 Stunden lang mit dem ukrainischen Präsidenten Petro Poroshenko und Kremlchef Wladimir Putin verhandelt.

Die Waffenruhe soll am Sonntagfrüh um 0 Uhr Kiewer Zeit (Samstagabend 23 Uhr MEZ) in Kraft treten. Der Abzug schwerer Waffen soll zwei Tage nach der Feuerpause beginnen und nicht länger als zwei Wochen dauern. Die ukrainische Armee soll ihre Waffen von der aktuellen Frontlinie ins Hinterland abziehen, für die Aufständischen gilt die Linie vom 19. September 2014. Die entstehende Pufferzone soll zwischen 50 und 140 Kilometer breit sein – je nach Waffengattung.

Der Internationale Währungsfonds (IWF) schnürte unterdessen ein Milliarden-Hilfspaket für die Ukraine. Dazu sagte IWF-Chefin Christine Lagarde, das Land solle nach dem vorläufigen Plan zunächst 17,5 Milliarden Dollar erhalten (rund 15,5 Milliarden Euro). Das auf vier Jahre angelegte Hilfspaket muss allerdings noch von den IWF-Gremien abgesegnet werden.

Die Ukraine, Russland, Deutschland und Frankreich wollen ein Aufsichtsgremium einsetzen, um die Umsetzung des Waffenstillstandsabkommens zu kontrollieren. Diese Diplomaten würden „in regelmäßigen Abständen zusammentreten“, hieß es in einer Erklärung der Staats- und Regierungschefs in Minsk.

Putin betonte, Teil der Vereinbarungen sei „eine Verfassungsreform, in der die gesetzlichen Rechte der Menschen im Donezk-Gebiet gewahrt werden müssen“. Er sagte: „Wir rufen beide Seiten dazu auf, sich zu mäßigen und überflüssiges Blutvergießen zu vermeiden.“ Merkel hatte nach den Verhandlungen, zu denen sie mit Hollande vor einer Woche den Anstoß gegeben hatte, ihren verhaltenen Optimismus deutlich gemacht: „Es ist noch sehr, sehr viel Arbeit notwendig. Es gibt aber eine reale Chance, die Dinge zum Besseren zu wenden.“ Auch Hollande sagte, die umfassende politische Vereinbarung nähere eine „erst zu nehmende Hoffnung, auch wenn noch nicht alles erreicht ist“. Nach der Einigung auf eine Waffenruhe wollen die russischen Aufständischen auch künftig

mit der Kontaktgruppe verhandeln. Dazu gehören neben der Ukraine auch Russland und die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE).

„Es ist gut, wenn die Waffen schweigen, aber der politische Konflikt ist nicht gelöst. Ich sehe noch keine Anzeichen, dass Präsident Putin die Chance auf eine unabhängige und demokratische Entwicklung geben will.“ Mit diesen Worten bewertet die Grünen-Sprecherin für Osteuropapolitik, Marieluise Beck, die Vereinbarungen von Minsk. Im Interview mit dem WESER-KURIER sagte die Bremer Bundestagsabgeordnete, die sich zurzeit in der Ukraine aufhält, es sei „auch diesmal nur ein fragiles Ergebnis erreicht“ worden. Schon einmal seien in Minsk Vereinbarungen ausgehandelt und gleich wieder gebrochen worden. Beck lobte die Beharrlichkeit der Bundeskanzlerin, immer wieder an einer diplomatischen Lösung des Konflikts festzuhalten. Dabei „bewegen wir uns aber auf einem schmalen Grat zwischen Interessenausgleich und völkerrechtlich fatalen Zuständen“, so die Grünen-Politikerin.

Interview Seite 2-Bericht Seite 5

70 Jahre Haft für Drens Todesschützen

Missoula. Wegen der tödlichen Schüsse auf den Hamburger Austauschschüler Dren D. ist der Hausbesitzer Markus Kaarma aus Missoula im US-Staat Montana zu 70 Jahren Gefängnis verurteilt worden. Eine Freilassung auf Bewährung komme frühestens nach 20 Jahren in Frage, entschied Bezirksrichter Ed McLean gestern. Kaarma, der den Teenager nachts in seiner Garage erschossen hatte, war im Dezember der vorsätzlichen Tötung schuldig gesprochen worden. Bei der gestrigen Anhörung versuchten Kaarmas Verteidiger vergeblich, den Richter zur Milde zu bewegen. McLean wies ihren Antrag auf ein neues Verfahren oder eine Abmilderung des Urteils zurück. Auf vorsätzliche Tötung stehen in Montana zwischen zehn und 100 Jahre Haft. Der 30-jährige Kaarma hatte sich auf Notwehr berufen. Bericht Seite 8

Bewegung im Schuldenstreit

Brüssel. In den verhärteten Schuldenstreit mit Griechenland ist beim EU-Gipfel Bewegung gekommen. Der griechische Ministerpräsident Alexis Tsipras und Eurogruppenchef Jeroen Dijsselbloem vereinbarten Expertengespräche schon von heute an. Bei einem gescheiterten Euro-Finanzministertreffen vor dem Gipfel war davon keine Rede gewesen. EU-Parlamentspräsident Martin Schulz sagte gestern nach einem Gespräch mit den EU-Staats- und Regierungschefs, er sei „ziemlich optimistisch“, dass es schon in den nächsten Tagen Kompromisse geben könne. Auf Details ging der SPD-Politiker nicht ein. An diesem Montag werden die Euro-Finanzminister erneut über die Rettung des hoch verschuldeten Landes vor der Pleite verhandeln.

Bundeskanzlerin Angela Merkel forderte Tsipras eindringlich auf, Kompromissbereitschaft zu zeigen. „Deutschland ist

dazu bereit“, sagte Merkel, die direkt von den Ukraine-Krisengesprächen zum Gipfel gereist war. Für die Glaubwürdigkeit Europas sei es notwendig, Regeln einzuhalten. Dahinter verbirgt sich, dass zwei Rettungspakete mit einem Gesamtumfang in Höhe von insgesamt 240 Milliarden Euro nur gegen strikte Spar- und Reformauflagen vergeben wurden.

Die von Tsipras geführte Links-Rechts-Regierung fordert, das Ende des Monats auslaufende Rettungsprogramm in Teilen neu zu verhandeln. Die Europartner geben sich zwar Gesprächsbereit, pochen jedoch mehrheitlich auf ein verlängertes Programm als Rahmen für weitere Hilfen und Reformen. Ohne diesen Plan könnte es laut Experten für das



Finanzminister Varoufakis
FOTO: DPA

Land bald brenzlig werden – beispielsweise bei der Rückzahlung fälliger Schulden.

Die neuen Gespräche zwischen griechischen Behörden und Experten von EU und Internationalem Währungsfonds sollen das Eurogruppentreffen nächste Woche vorbereiten, sagte die Sprecherin Dijsselbloems. Es wird explizit nicht mehr von der „Troika“ gesprochen – dieses bisherige Geldgeber-Gremium mit Vertretern von EU-Kommission, IWF und Europäischer Zentralbank (EZB) ist in Griechenland verhasst.

Die Eurogruppe hatte sich vor dem Gipfel noch nicht einmal auf eine gemeinsame Erklärung einigen können. Der griechische Finanzminister Gianis Varoufakis zog laut Diplomaten seine Zustimmung zurück.

INHALT

Familienanzeigen	18
Fernsehen	27
Lesermeinung	4
Rätsel & Roman	21
Schiffahrt	19
Tipps & Termine	20
Veranstaltungsanzeigen	6

H 7166 • 28189 BREMEN



BREMEN

Ehrengast mit Bremer Wurzeln

Bremen. Der Ehrengast der 471. Schaffermahlzeit ist ein ganz spezieller Gast: Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) pflegt nämlich eine besondere Beziehung zu Bremen. Ihre Familie väterlicherseits hat bremische Wurzeln. 1902 wurde der Großvater der Ministerin in Bremen geboren. Und auch der Vater der CDU-Politikerin, Ernst Albrecht, hatte in der Hansestadt die Schulbank gedrückt. Seite 11



KULTUR

„Fifty Shades of Grey“ im Kino

Bremen. Kein Skandal, nirgends: Dem globalen Hype zum Trotz lässt die gestern in den Kinos angelaufene Romanverfilmung „Fifty Shades of Grey“ selbst wohlwollende Betrachter kalt. Die ab 16 Jahren zugängliche Literaturadaption ist zwar solide geraten, hat aber einige Längen – und ist ästhetisch alles andere als innovativ. Dafür berührt die Geschichte offenkundig gesellschaftliche Befindlichkeiten. Seite 22



SPORT

Überraschung trifft Überraschung

Bremen (mao). Werder gegen den FC Augsburg – das wäre noch im Vorjahr ein Spiel zweier leidlich interessanter Teams gewesen. Morgen aber geht die Geschichte so: Die Elf von Trainer Viktor Skripnik, nach vier Siegen in Folge die Mannschaft der Stunde, empfängt den FCA, die Überraschungsmannschaft der Saison. Werder-Geschäftsführer Thomas Eichin (Foto) freut sich also auf ein „cooles Duell“. Seite 23



ANZEIGE

Möbel | Licht | Textil | Innenarchitektur

Aufsehen erregend!

Esstisch mit schrägsteher Holzsäule – in vielen Holzarten.

freiraum®
Einrichtungen
www.freiraumeinrichtungen.de

Christiane und Frank Rudolph | Böcklerallee 15
27721 Ritterhude (Gewerbepark) | Tel.: 0 42 92 - 81 44 0

Kritik an Sozialamt erreicht Politik

Bremen (mlu). Die Kritik der Staatsanwaltschaft an mangelnder Kooperation des Amtes für Soziale Dienste hat nun auch eine politische Debatte ausgelöst. Besonders heftig ging die CDU die grüne Sozialsenatorin Anja Stahmann an und konstatierte eine „organisierte Kindeswohlgefährdung“ in dem Amt. Sie hat zudem eine aktuelle Stunde in der Bürgerschaft beantragt. Die Sozialbehörde verteidigte unterdessen erneut das Vorgehen des Amtes – und verwies unter anderem auf gesetzliche Regelungen zum Datenschutz.

Kommentar Seite 2-Bericht Seite 10

ANZEIGE

www.aldi-nord.de

SUPER FRISCH. SUPER PREIS. NUR FREITAG + SAMSTAG **UNSERE FRISCHE-ANGEBOTE**

TYPISCH ALDI!

FRISCHE-ANGEBOTE IM INNENTEIL

Totenasche wird im Garten verstreut

Bremen (eho). In Bremen ist der erste Antrag auf Verstreuen von Totenasche außerhalb eines Friedhofs genehmigt worden. Heute will Stefan Schulz die Asche seines Vaters auf privatem Grund ausbringen. Schulz hat nach seinen Worten lange telefonieren müssen, bis er wusste, wo sein Antrag einzureichen ist. Keine Behörde habe sich zuständig gefühlt, kritisiert er. Sechs Wochen musste er bis zur Genehmigung warten, nun könne er endlich den letzten Wunsch seines Vaters erfüllen. Bremen hatte als erstes Bundesland den Friedhofszwang gelockert: Seit Januar darf Totenasche auf Privatgrundstücken und ausgewiesenen öffentlichen Flächen verstreut werden, wenn eine Reihe von Bedingungen erfüllt ist. Bericht Seite 9

Ex-Krankenpfleger spricht von 30 Morden

Oldenburg-Hannover (ab). Ex-Krankenpfleger Niels H. hat gestanden: Er sei nicht nur für die derzeit vor dem Landgericht Oldenburg verhandelten drei Morde und zwei versuchten Morde auf der Intensivstation des Klinikums Delmenhorst zwischen März 2003 und Mai 2005 verantwortlich, vielmehr sind wohl „mindestens 20 bis 25“ weitere Patienten gestorben, weil er ihnen ein Herzmedikament gespritzt hatte. H. wollte sie damit in eine lebensbedrohliche Situation bringen, um sie anschließend wiederzubeleben. Ein psychiatrischer Gutachter hält H. für schuldfähig.

Der Prozess um die Mordserie hat derweil die Landespolitik erreicht. Die SPD will im Sommer an allen Krankenhäusern Patientenbeauftragte und einen bei der Regierung angesiedelten Landespatientenbeauftragten einführen. Bericht Seite 13

WETTER

Tagsüber **7°** Nachts **1°** Niederschlag **20%**

Nach Hochnebel freundlich

Ein Tief über Großbritannien lenkt recht milde und vorerst noch relativ trockene Luft nach Mitteleuropa.

Das ausführliche Wetter finden Sie auf Seite 8 und jederzeit aktuell auf dem Online-Portal des WESER-KURIER unter:

www.weser-kurier.de/wetterkontor/aktuell